



Kündigung!

Ein neues Schlagwort geistert durch die Medien, der Begriff „virtueller Arbeitsmarkt“. Und noch nie war ein Begriff zutreffender für den Arbeitsmarkt. Man sagt, ohne es selbst zu merken, die reine Wahrheit. Virtuelle Realität bedeutet: vom PC simulierte Realität! Und was macht dann der neue „Vorstandsvorsitzende“ der Bundesagentur für Arbeit und seine Illusionisten? Sie verkaufen eine Illusion, die Illusion der schnellen und effizienten Arbeitsvermittlung ohne Arbeit. Das Prestige-Projekt „Virtueller Arbeitsmarkt“ schlägt allerdings mit ganz realen und ausufernden Kosten zu Buche. Aber das macht nichts, das bezahlen doch nur die Beitragszahler, das heißt, solange sie noch eine Arbeit haben, und wenn das immer noch nicht langt, dann kann man doch auch noch das Arbeitslosengeld kürzen. Der pragmatische Vorstandsvorsitzende Weise wird's schon richten. Das Wort Pragmatismus hört man sehr oft dieser Tage, es wallt durch die heiligen Hallen der Funktionseliten, aber was bedeutet das eigentlich? Es ist theorieloses, unüberlegtes und nicht abgeleitetes Handeln, natürlich an Sachzwängen ausgerichtet. Diese hat man aber vorher selbst verzapft, um sich anschließend dahinter zu verstecken.

Ebenfalls einer Illusion aufgefressen sind viele der künftigen Bezieher des Arbeitslosengeldes II. Wie man so hören kann, wird sehr oft die Meinung vertreten, mit 331,- € im Monat plus Warmmiete (ohne Warmwasser) und einem Nebenjob oder ein bisschen Schwarzarbeit, davon kann man schon leben. Aber man beachte: bereits Ende vorigen Jahres wurde von Bernd Rürup, einem Mitglied des Clementschen „Sachverständigenrates“ der Vorschlag gemacht den Regelsatz auf 70 % also auf 231,70 € zu kürzen! Aber damit nicht genug, das sächsische Wirtschaftsministerium machte den Vorschlag den ALG-II Empfängern generell nur noch eine Wohngeldpauschale von 50,-€ zu zahlen. Was dann zum Leben bleibt, kann sich jeder selber ausrechnen, das langt wohl in den meisten Fällen nicht mal für die Miete. Wie das exekutiert wird, steht noch in den Sternen. Fest steht, dass die „Angemessenheit“ für Wohnraum neu geregelt werden soll. Die im Gesetzesentwurf für die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe enthaltene „Verordnungsermächtigung“, die von Prof. Berlit, einem Richter am Bundesverwaltungsgericht, für Verfassungswidrig gehalten wird, erlaubt Clement, im Einvernehmen mit Eichel zu bestimmen „welche Aufwendungen für Unterkunft und Heizung angemessen sind“. Hier die wichtigsten Punkte aus Berlits Fachstellungnahme:

- Der Zwang, eine **Eingliederungsvereinbarung** zu unterschreiben, greift unverhältnismäßig in die Vertragsfreiheit ein. **Artikel 2 Grundgesetz**
- Der Rückgriff auf die Vertragsform stellt einen „Formenmissbrauch des Gesetzgebers“ dar, dem das Sozialstaatsgebot **Artikel 20 Grundgesetz** entgegenstehe, da die Arbeitslosen einem „sanktionsbewehrten Zwang zu rechtsgeschäftlichen Selbstunterwerfung“ ausgesetzt sind.
- Nach den Gesetzesentwürfen müssen Arbeitslose, die momentan nicht auf dem ersten Arbeitsmarkt vermittelbar sind, auch sonstige „Arbeitsgelegenheiten“ übernehmen, für die sie nur eine geringe Aufwandsentschädigung erhalten – und zwar auch dann, wenn dies ihre Eingliederungschancen auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht erhöht. Bei Ablehnung sind verschärfte Sanktionen vorgesehen. Das verstößt gegen das Verbot von **Zwangsarbeit** nach **Artikel 12 Grundgesetz** zumindest dann – „wenn die Arbeitskraft nicht zu Marktnahen Bedingungen eingesetzt werden soll“.
- Die Leistungsbemessungen der neuen Leistungen „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ und die reformierte Sozialhilfe sind nicht „armutsfest“, sie führen zu einer „Vielzahl von Verletzungen“ des **Bedarfsdeckungsprinzips**, das wegen des **Sozialstaatsgebots** zwingend zu beachten sei. **Artikel 20 Grundgesetz**

- Die **Verordnungsermächtigung** genüge nicht dem **Bestimmtheitsgebot** nach **Artikel 80 Absatz 1 Grundgesetz**.

»Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand«. Sozialstaatsgebot Artikel 20, Absatz 4

Auch die Bevölkerung im Ganzen ist einer Illusion aufgefressen. Der Illusion der Marktwirtschaft mit immer währendem Wirtschaftswachstum. Schon der Wirtschaftstheoretiker Ernst Friedrich Schumacher wusste: „unendliches Wachstum passt nicht in die endliche Welt“. Nur in den kapitalistischen Kernländern wird noch eine Scheinnormalität aufrechterhalten. Man sollte sich aber nicht täuschen lassen von der bunten Glitzerwelt, das ist nur noch Fassade. Immer größere Teile der Welt versinken im Chaos, die weißen Flecken auf den Landkarten werden größer. Ethnobanden, Gotteskrieger und Warlords übernehmen dort die Macht. Die Abendteurlust einiger unausgelasteter Mittelstandsgören endet prompt mit Entführung. Desto klarer es wird, dass es sich um eine hausgemachte Systemkrise handelt, desto mehr fallen unsere regierenden Technokraten in eine Paranoia. Die Otos dieser Welt basteln unter dem Deckmäntelchen des Kampfes gegen den Terrorismus an einem totalen Überwachungsstaat. Einige Beispiele gefällig? März 2003: Aus für die Steuerkarte. Es geht lediglich um Rationalisierungen in der Finanzverwaltung. Damit wolle man die neuen Aufgaben der umfassenden, steuerlichen Kontrolle und Durchleuchtung aller Bürger besser erfüllen. Die freigesetzten Kapazitäten werden dann umgesetzt, um den Bereich der Steuerbürgerüberwachung bewältigen zu können. Wenn das Bankgeheimnis in diesem Jahr endgültig falle, seien Millionen Kontrollmeldungen der Banken zu verarbeiten. 7.07.03 Länder wollen Hausverwalter als Schnüffler nutzen. 11.07.03 Gläserne Menschen in Diskussionsforen. 11.07.03 Gericht: Polizeigesetz nachbessern. Unbeanstandet bleiben nach dem Urteil Schleierfahndung und die Videoaufzeichnung. Verdachtsunabhängige Kontrollen, die grenzüberschreitende Kriminalität verhindern sollen, sind zulässig. 24.09.03 Fahnder setzen auf V-Leute. Am häufigsten sei der Lauschangriff gewesen. Das Bundeskriminalamt (BKA) registrierte nach unbestätigten Zeitungsangaben im vorigen Jahr den Einsatz von 3000 V-Leuten, die selbst im kriminellen Milieu zu Hause seien und sich als bezahlte Zuträger der Ermittler betätigten. In 1346 Fällen hätten die Fahnder bei Abhörmaßnahmen länger als drei Monate Gespräche mitgeschnitten. In 146 Fällen gab es Lauschangriffe außerhalb von Wohnungen. 29.10.03 BigBrotherAwards für die größten Datenschnüffler. Im Bereich „Kommunikation“ ist der Provider T-Online ausgezeichnet worden. Zu den weiteren Preisträgern gehören die Gebühreneinzugszentrale GEZ und die Metro Group. 9.11.03 Streit um DNA-Problem. Rasch will genetischen Fingerabdruck ausweiten. Man könnte die Aufzählung beliebig fortsetzen. Von unseren Politikern ist nichts mehr zu erwarten. Sie wurden schon in den 90ern als „Kellner des Kapitals“ bezeichnet, diese Charaktermasken sind beliebig austauschbar und Manager sind nur für das Funktionieren der Konzerne verantwortlich, die Bevölkerung spielt da keine Rolle. Das Ziel ist: 20 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung sollen ausreichen, den Weltmarkt mit Dienstleistungen und Gütern zu versorgen. Was den überflüssigen 80 Prozent zgedacht ist, wird mit der Agenda und den o. a. weitergehenden Gedankenspielen kranker Hirne sehr deutlich. Es handelt sich hier nicht nur, wie häufig zu lesen ist, um die Kündigung des Sozialstaates, sondern um eine Kündigung an das gesamte Volk. Darauf kann es nur eine Antwort geben, das Volk muss den herrschenden Irren kündigen!

Wir kündigen!

»Die Entwicklung dieses Wirtschaftssystems wurde nicht mehr durch die Frage: **Was ist gut für den Menschen?** Bestimmt, sondern durch die Frage: **Was ist gut für das Wachstum des Systems?** Die schärfe dieses Konflikts versuchte man durch die These zu verschleiern, dass alles, was dem Wachstum des Systems (oder auch nur eines einzigen Konzerns) diene, auch das Wohl der Menschen fördere. Diese These wurde durch eine Hilfskonstruktion abgestützt, wonach genau jene menschlichen Qualitäten, die das System benötigte - Egoismus, Selbstsucht und Habgier- dem Menschen angeboren seien: sie seien somit nicht dem System, sondern der menschlichen Natur anzulasten. Gesellschaften, in denen Egoismus, Selbstsucht und Habgier nicht existierten, wurden als »primitiv«, ihre Mitglieder als »naiv« abqualifiziert. Man weigerte sich anzuerkennen, dass diese Charakterzüge gerade nicht **natürliche** Triebe sind, die zur Bildung der Industriegesellschaft führten, sondern das **Produkt** gesellschaftlicher Bedingungen«.

Erich Fromm

Kopieren und Nachdrucken erwünscht!